

Bericht aus Berlin

Norbert Brackmann informiert

Newsletter
Juli 2013

Liebe Freunde,

Bund und Länder haben sich auf eine **Rechtsverordnung und eine Verwaltungsvereinbarung zur Fluthilfe** geeinigt – alle noch offenen Fragen zur Auszahlung der Gelder aus dem Flutopferhilfefonds i.H.v. 8 Mrd. € konnten geklärt werden.

Aus den Mitteln können individuelle Schäden bis zu einer Höhe von 80 Prozent des entstandenen Schadens ersetzt werden. Versicherungsleistungen werden berücksichtigt, so dass keine Überkompensation von Schäden erfolgt.

Nach dem Entwurf der Rechtsverordnung soll die Hälfte der auf die Länder entfallenden Mittel nach folgendem Schlüssel aufgeteilt werden:

Sachsen-Anhalt	40,40 Prozent
Sachsen	28,78 Prozent
Bayern	19,57 Prozent
Thüringen	6,76 Prozent
Brandenburg	1,38 Prozent
Niedersachsen	1,14 Prozent
Baden-Württemberg	1,10 Prozent
Schleswig-Holstein	0,37 Prozent
Hessen	0,31 Prozent
Mecklenburg-Vorpommern	0,12 Prozent
Rheinland-Pfalz	0,07 Prozent

Quelle: BMF

Die Rechtsverordnung wird nun zügig durch das Bundeskabinett und den Bundesrat beschlossen werden, die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung kann alsbald erfolgen.

Kita-Ausbau

Ab dem 1. August 2013 haben Eltern für ihre Kinder unter drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung (Kita-Platz).

Grund genug, dem Thema einen Platz in dem Juli-Newsletter zu widmen und über den jüngsten Stand des Kita-Ausbaus zu berichten. Nach Angaben der Bundesländer sollen im Kita-Jahr 2013/2014 voraussichtlich insgesamt 813.093 Plätze bundesweit zur Verfügung stehen. Das hat Familienministerin Kristina Schröder uns am 11. Juli 2013 mitgeteilt.

In Schleswig Holstein stehen bereits 20.000 Plätze zur Verfügung, wobei weitere 4.776 Plätze bereits bewilligt worden sind (Stand 30. Juni). Damit wird es möglich sein, den durchschnittlichen Bedarf von 35 % (mit 5 % in der familiennahen Kindertagespflege) nahezu vollständig zur Verfügung zu stellen.

Im **Kreis Herzogtum Lauenburg** haben wir zum 1. August 1134 Kita-Plätze und 374 Plätze in der Kindertagespflege für Kinder unter 3 Jahren (Stand: Anfang Juni 2013). Damit erreichen wir im Kreis mit einer Quote von 34% nur knapp nicht den geschätzten Zielwert. Die Quote wird aber in der nächsten Zeit auf 37,8 % erhöht werden können, da sich weitere 170 Kita-Plätze in der Umsetzung bzw. Planung befinden.

Im **Kreis Stormarn** liegt die Versorgungsquote bereits bei 44 Prozent; im kommenden Jahr soll sie auf 49 Prozent steigen.

Der monatelange Endspurt der Länder und Kommunen beim Kita-Ausbau hat sich also gelohnt. Der Bund hat durch umfangreichen Finanzhilfen seine Verantwortung getragen.

So hat der Bund den Ländern 2,35 Mrd. Euro an Finanzmitteln für Investitionen zur Verfügung gestellt.

Schleswig Holstein erhält Bundesmittel im Zeitraum 2008 bis 2014 von 93,75 Mio. Euro.



Quelle: CDU-Plus

Der Bund wird seine finanzielle Unterstützung auch nach dem 1. August nicht einstellen und Finanzierungsmittel zur Verfügung stellen. Insbesondere wollen wir weitere 845 Mio. € in die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung investieren.

Erfolgreiche Arbeits- und Sozialpolitische Bilanz der Bundesregierung

Im Sommer 2013 sind weniger als drei Millionen Menschen arbeitslos. Mit über 41,8 Millionen Menschen in Arbeit und 29,2 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen erreichen wir Rekordwerte am deutschen Arbeitsmarkt.

Diese Zahlen bestätigen, dass wir in dieser Legislaturperiode die richtigen Weichenstellungen vorgenommen haben, um den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu gestalten.

Darüber hinaus hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in dieser Legislaturperiode an vielen Stellschrauben gedreht und gute Projekte bundesweit angestoßen, um die Herausforderungen der sich verändernden

Arbeitswelt und des demografischen Wandels in Deutschland zu bewältigen und Chancengerechtigkeit zu schaffen. Während bei uns die Jugendarbeitslosigkeit auf dem niedrigsten Stand in ganz Europa ist, geht es anderen EU-Ländern, insbesondere den Euro-Krisen-Ländern, nicht so gut.

Um auch den Jugendlichen in den Krisenländern ihre Chance zu geben - und zudem etwas für den Fachkräftemangel hierzulande zu tun - arbeitet das BMAS mit den anderen EU-Staaten eng in der Arbeitsmarktpolitik zusammen.

Im Mai 2013 hat Bundesministerin Frau von der Leyen eine Vereinbarung mit dem spanischen Arbeitsministerium getroffen, die Mobilität der jungen Arbeitnehmer zu verbessern und sich über Instrumente der Berufsorientierung und –vermittlung auszutauschen.

Die Bundesregierung hat sich beim letzten Eurogipfel Anfang Juli zudem dafür stark gemacht, bereits bestehende EU-Gelder in der Höhe von 8 Mrd. € frei zu machen und in die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu stecken.

Wenn Sigmar Gabriel der Bundeskanzlerin vorwirft, sie würde den Jugendlichen in Europa die Zukunft stehlen, dann ist das grob beleidigend und verkennt, wer die eigentlichen Verursacher der Krise waren.

Terminvorankündigungen im August 2013

- 5. August: Besuch der Bundestagsabgeordneten und – Kandidaten der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein u.a. in Reinbek und Lauenburg
- 20. August: Bundesminister Dr. Schäuble in Ahrensburg

Ihr Norbert Brackmann